

Familienunternehmen in der Nachfolgeplanung

Viskorf

2. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-81836-3
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Viskorf
Familienunternehmen in der Nachfolgeplanung



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Familienunternehmen in der Nachfolgeplanung

Herausgegeben von

Dr. Stephan Viskorf

Rechtsanwalt, Steuerberater, München

2. Auflage 2025

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitervorschlag: Viskorf Familienunternehmen/Verfasser Rn. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 81836 3

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Familienunternehmen bilden vollkommen unbestritten das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und leisten einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität des Landes. Dieser Stabilitätsfaktor steht in scharfem Kontrast zu der zunehmenden Instabilität in der nationalen und internationalen Politik. Langfristige, vorausschauende Unternehmensplanung trifft auf kurzlebige, unkalkulierbare politische Entscheidungen. Die unsicheren politischen Rahmenbedingungen stellen derzeit eine erhebliche Belastung für Familienunternehmen dar; die Zweifel am Standort wachsen. Auch die Nachfolgeplanung bleibt hiervon nicht unberührt. Die Bedeutung einer ganzheitlichen Nachfolgeplanung, die maßgeschneidert die spezifischen Anforderungen von Unternehmen und Familie zusammenführt, hat nochmals zugenommen. Die Anforderungen an Flexibilität, Internationalisierung und Sicherheit sind so hoch wie nie.

Dieses Handbuch bleibt ein Werk von Praktikern für Praktiker. Es bietet Orientierung und praxisnahe Lösungen für all jene, die sich mit der Nachfolgeplanung in Familienunternehmen beschäftigen. Sinn ist es, möglichst viele Stolperfallen sichtbar zu machen und pragmatische Lösungen aufzuzeigen. Die zweite Auflage dieses Handbuchs trägt den aktuellen Entwicklungen Rechnung. Neben einer umfassenden Aktualisierung um neue Urteile und das MoPeG haben wir den Fokus verstärkt auf die Bedeutung einer soliden Compliance-Dokumentation gelegt. Zudem wird internationalen Aspekten entsprechend der gestiegenen Relevanz innerhalb der Unternehmerfamilien mehr Raum eingeräumt.

Mein besonderer Dank gilt allen Mitwirkenden, die ihre langjährige Expertise und Erfahrungen mit Behörden und Gerichten eingebracht haben, um auch die zweite Auflage dieses Werkes zu einem wertvollen Begleiter in der Beratungspraxis zu machen.

München, im August 2025

Der Herausgeber

beck shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verfasser

Prof. Dr. Jens Escher, LL.M.
Rechtsanwalt, Steuerberater und Fachanwalt für Steuerrecht in Düsseldorf

Dr. Lisa Fiedler
Rechtsanwältin in München

Michael Gutfried M. Jur. (Oxford)
Notar in Dingolfing

Dr. Maximilian Haag, LL.M.
Rechtsanwalt, Steuerberater in München

Dr. Stephan Hamacher
Richter am Finanzgericht Berlin-Brandenburg

Dr. Katharina Hemmen, LL.M.
Rechtsanwältin, Steuerberaterin in Frankfurt aM

Dr. Tobias Hueck
Rechtsanwalt in München

Dr. Christian M. König
Rechtsanwalt in München

Dr. Sebastian Löcherbach, LL.M.
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht in München

Prof. Dr. Reinhard Pöllath, LL.M.
Rechtsanwalt in München

Maximilian Steger
Rechtsanwalt in München

Pia Thress, Maître en Droit
Rechtsanwältin in München

Hermann-Ulrich Viskorf
Rechtsanwalt, Steuerberater in München
Vizepräsident am BFH aD

Dr. Stephan Viskorf
Rechtsanwalt, Steuerberater in München

Dr. Jan-Eckhard Wegener, LL.M.
Rechtsanwalt, Steuerberater in München

Dr. Philipp Windeknecht, Maître en Droit
Rechtsanwalt, Steuerberater in Frankfurt aM



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verfasser	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXIII

Teil 1: Verantwortete Unternehmens- und Vermögensnachfolge:

Alltäglich positiv oder einmalig negativ?	1
A. Nachfolge: Was ist Nachfolge, was macht sie aus, was macht ihren Erfolg?	2
I. Unternehmen und Vermögen	2
II. Basisfall „entschiedene“ Nachfolge	3
III. Nachfolge = Alltag	3
IV. Nachfolge = Veränderungsmanagement	4
V. Nachfolge-Erfolg = die anderen	4
VI. Nachfolge-Entscheidung = einsam	5
VII. Nachfolge = komplex	5
VIII. Nachfolge-Entscheidung = am Ende end-gültig	6
IX. Nachfolge = Unternehmensorganisation	7
X. Nachfolge = Ausdauer > x 2 = Wert > x 2	7
XI. Nachfolge = Zusammenarbeit	8
XII. Nachfolge = Ersatz erst nach Wegfall?	9
XIII. Erfolgreiche Unternehmer = gute Entscheider (auch über ihre Nachfolge?)	10
XIV. Nachfolge = auch Technik	10
XV. Nachfolge und Familie	11
B. Vereinfachende „Daumenregeln“ (Heuristiken) zur Nachfolge?	13
I. Einfach > Komplex	15
II. Entscheiden > Verbessern > Ersetzen	15
III. Flexibel > Fix	15
IV. Freiwillig > Gezwungen	16
V. Teuer > Billig	16
VI. Jung < Alt (Altersgrenzen?)	16
VII. Nicht in eigener Sache?	17
VIII. Familie	17
IX. Schutz und Fortführung des Unternehmens durch Nachfolge oder Verkauf	18
X. Abschieden	19

Teil 2: Unternehmenssicherung zu Lebzeiten

A. Gesellschaftsvertrag	21
I. Einführung	21
II. Erhalt des Familienunternehmens	22
1. Anteilsübertragung unter Lebenden – Vinkulierungsklausel	22
a) Kapitalgesellschaften	22
b) Personengesellschaften	24
c) Erbschaftsteuerliche Vorgaben	25

2. Anteilsübertragungen von Todes wegen	26
a) Kapitalgesellschaften	26
aa) Gesetzliche Ausgangslage	26
bb) GmbH	26
cc) Aktiengesellschaft	28
dd) Steuerliche Implikationen	29
(1) Ertragsteuer	29
(2) Erbschaftsteuer	29
b) Personengesellschaften	30
aa) Gesetzliche Ausgangslage	30
bb) Fortsetzungsklausel	31
cc) Einfache erbrechtliche Nachfolgeklausel	31
dd) Qualifizierte erbrechtliche Nachfolgeklausel	32
ee) Rechtsgeschäftliche Eintrittsklausel	33
ff) Rechtsgeschäftliche Nachfolgeklausel	34
gg) Steuerliche Implikationen	35
(1) Ertragsteuer	35
(2) Erbschaftsteuer	35
3. Dynamisierung der Gesellschafterstellung	36
a) Shoot-out-Klauseln	36
b) Mitveräußerungsrechte und -pflichten	37
4. Kündigung und Auflösung der Gesellschaft	38
a) Personengesellschaften	38
aa) Ordentliches Kündigungsrecht	38
bb) Außerordentliches Kündigungsrecht	39
cc) Auflösung der Gesellschaft	40
b) Kapitalgesellschaften	40
aa) Kündigungsrecht	40
bb) Auflösung der Gesellschaft	40
5. Ausschluss eines Gesellschafters	41
6. Gesellschafterstreitigkeiten	42
a) Schiedsklausel	42
b) Streitschlichtungs- und Mediationsklausel	43
III. Liquiditätssicherung	43
1. Entnahme- und Ausschüttungsbeschränkungen	44
a) Gesetzliche Ausgangslage	44
b) Modifizierte Entnahmeregelungen und Kontenmodelle bei Personengesellschaften	44
aa) Modifizierung der Entnahmeregelungen	44
bb) Gesellschafterkonten	45
c) Modifizierte Ausschüttungsregelungen bei Kapitalgesellschaften	46
d) Erbschaftsteuerrechtliche Vorgaben	47
2. Abfindungsbeschränkungen	48
a) Gesetzliche Ausgangslage	48
b) Vertragliche Abfindungsklauseln	48
aa) Gestaltungsgrenzen: Wirksamkeits- und Ausübungskontrolle ...	48
bb) Verstoß gegen Gleichbehandlungsgrundsatz und Benachteiligung einzelner Gläubiger	49
cc) Abfindungshöhe	49
dd) Abfindungsauszahlung	50
ee) Ausgenommene Sonderfälle	50
c) Erbschaftsteuerrechtliche Vorgaben	51

3. Güterstandsklauseln	51
a) Interesse des Familienunternehmens an Eheverträgen	52
b) Inhaltliche und formelle Ausgestaltung von Güterstandsklauseln	52
IV. Gesellschafter, Geschäftsleitung und Kontrolle	53
1. Gesellschafterbeschlüsse	54
a) Kapitalgesellschaften	54
b) Personengesellschaften	54
c) Sonderrechte einzelner Gesellschafter	55
2. Geschäftsleitung	56
a) Gesetzliche Ausgangslage	57
b) Schaffung objektiver Auswahlkriterien	57
c) Beirat als Auswahlgremium	57
3. Kontrolle der Geschäftsleitung	58
a) Einführung eines Katalogs zustimmungspflichtiger Geschäfte	58
b) Kontrolle durch ein (eingerichtetes) Kontrollgremium	59
aa) Organschafilicher oder schuldrechtlicher Beirat	59
bb) Aufgaben und Kompetenzen des Beirats	59
cc) Zusammensetzung des Beirats	60
dd) Amtszeit	60
B. Poolverträge	61
I. Einführung	61
1. Poolverträge und Familienunternehmen	61
2. Der Begriff „Poolvertrag“	62
3. Zulässigkeit von Poolverträgen	62
4. Motive und Ziele von Poolverträgen	63
II. Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen	65
1. Parteien des Poolvertrags und Rechtsnachfolge	65
2. Inhalt von Poolverträgen	66
3. Unterschiede und Gemeinsamkeiten (Satzung vs. Poolvertrag)	69
4. Rechtsform	70
5. Beschlussmehrheiten	71
6. Form von Poolverträgen	73
7. Vertragsänderungen	74
8. Rechtsprechungsüberblick	74
III. Besonderheiten bei (Familien-)AGs	77
1. Einführung	77
2. Zwingende Vorgaben des Aktienrechts	77
a) Grundsatz der Satzungsstrenge (§ 23 Abs. 5 AktG)	77
b) Grundsatz der Gleichbehandlung (§ 53a AktG)	78
c) Verteilung von Gewinn und Liquidationserlös (§§ 60, 271 AktG) ..	79
d) Grundsatz der freien Übertragbarkeit	79
e) Stimm-(bindungs-)verbote (§ 136 AktG)	80
f) Verbot des Stimmenverkaufs und -kaufs (§ 405 Abs. 3 Nr. 6 und 7	
AktG)	84
g) Mehrstimmrechtsaktien (§§ 12 S. 2 Var. 1, 135a AktG)	84
3. Kapitalmarktrecht (Überblick)	85
a) Veröffentlichungs- und Angebotspflichten nach WpÜG	85
b) Mitteilungspflichten nach WpHG	87
IV. Poolverträge im Erbschaftsteuerrecht	88
1. Einführung	88
2. Der Begriff „Kapitalgesellschaft“	88
3. Mindestbeteiligung von mehr als 25 %	89

4. Poolverträge	90
a) Überblick und Gesetzesbegründung	90
b) Anwendungsbereich der Poolregelung	91
c) Voraussetzungen des Poolvertrags	92
aa) Überblick	92
bb) Verfügungsbeschränkung	92
(1) Überblick	92
(2) Verpflichtung, über die Geschäftsanteile nur einheitlich zu verfügen (§ 13b Abs. 1 Nr. 3 S. 2 Alt. 1 ErbStG)	92
(3) Verpflichtung zur Übertragung auf gebundene Anteilseigner (§ 13b Abs. 1 Nr. 3 S. 2 Alt. 2 ErbStG)	97
cc) Stimmrechtsbindung	98
dd) Regelungsort	101
ee) Zeitpunkt des Bestehens des Poolvertrags	102
d) Rechtsfolge des Poolvertrags	102
5. Aufhebung der Verfügungsbeschränkung oder der Stimmrechtsbindung als Nachsteuertatbestand	103
a) Überblick	103
b) Der Begriff „Aufhebung“	104
c) Änderung, Ergänzung und teilweise Aufhebung des Poolvertrags ...	104
d) Kündigung des Poolvertrags	104
e) Verletzung des Poolvertrags	105
f) Beendigung des Poolvertrags kraft Gesetzes, insb. Konfusion	105
6. Praxishinweise zur Gestaltung von Erbschaftsteuerverträgen	107
V. Poolverträge in anderen Rechtsgebieten (Überblick)	108
C. Corporate Governance in Familienunternehmen	112
I. Unterschiede zu Publikumsgesellschaften in Bezug auf Ziele, Strukturen und Verhalten der Akteure	112
II. Zentrale Governance-Herausforderungen in Familienunternehmen	113
1. Übergeordnete Governance-Fragestellungen für Familienunternehmen	113
2. Spezifische Governance-Herausforderungen in Abhängigkeit vom Typ des Familienunternehmens	114
a) Alleininhaber	114
b) Geschwistergesellschaft	115
c) Vetterkonsortium	115
d) Familiendynastie	116
III. Ausgewählte Inhalte der Governance-Gestaltung in Familienunternehmen	116
1. Professionelle Regelung der Unternehmensnachfolge – Entscheidung über die Mitwirkung von Familienmitgliedern in der Unternehmensleitung	116
2. Einrichtung eines professionellen Kontrollgremiums mit maßgeschneidertem Kompetenzprofil	119
3. Nachhaltige Ausrichtung der Willensbildungsprozesse – Entscheidung über Einrichtung, Aufrechterhaltung oder Auflösung von Stammesstrukturen	122
4. Maßnahmen zur Konfliktvermeidung und Stärkung des Zusammenhalts der Familie	124
IV. Regelungsebenen der Governance in Familienunternehmen	124
1. Gesetz	124
2. Externe Corporate Governance Kodizes	125
3. Unternehmens- und familienindividuelle Rechtsgestaltung	126

4. Familienverfassung	128
a) Motive	128
b) Inhalte der Familienverfassung	129
c) Rechtliche Bedeutung der Familienverfassung	129
aa) Unmittelbare Rechtsverbindlichkeit der Familienverfassung? ..	130
bb) Verhältnis der Familienverfassung zum rechtlichen Ordnungsrahmen	131
cc) Mittelbare Rechtswirkungen der Familienverfassung	132
d) Erarbeitungsprozess der Familienverfassung	133
D. Eheverträge und begleitende erbrechtliche Regelungen	135
I. Der Ehepartner in der Unternehmensnachfolge – Überblick	135
II. Die Ehevertragsfreiheit und ihre Grenzen	135
1. Allgemeines	135
2. Wirksamkeitskontrolle	136
3. Ausübungskontrolle	140
4. Korrektur güterrechtlicher Vermögenszuordnungen mittels schuldrechtlicher Ausgleichsansprüche	141
5. Konsequenzen der Inhaltskontrolle für die Vertragsgestaltung	143
III. Der Güterstand des Unternehmers	145
1. Der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft	145
a) Überblick	145
b) Der güterrechtliche Ausgleichsanspruch	147
c) Die Bewertung des Unternehmens im Zugewinnausgleich	149
aa) Spezialregelung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	149
bb) Bewertung sonstiger Unternehmen	150
cc) Bewertung von Unternehmensbeteiligungen	152
d) Auskunftsansprüche	153
e) Der Zugewinnausgleich im Todesfall	154
f) Die erbschaftsteuerliche Behandlung des Zugewinnausgleichsanspruchs	155
g) Die Zugewinnngemeinschaft als Unternehmerrgüterstand?	158
2. Ehevertragliche Güterstandsvereinbarungen	158
a) Die Gütertrennung	158
b) Modifizierungen der Zugewinnngemeinschaft	161
aa) Komplettausschluss des Zugewinns im Scheidungsfall	161
bb) Herausnahme des unternehmerisch gebundenen Vermögens aus dem Zugewinnausgleich	163
cc) Begrenzungen der Höhe des Zugewinnausgleichs oder Kompensationsleistungen	164
c) Die Gütergemeinschaft	167
d) Der deutsch-französische Güterstand der Wahl- Zugewinnngemeinschaft	169
e) Güterstandsschaukeln	171
f) Internationale Bezüge – insbesondere Beteiligung ausländischer Ehepartner	174
g) Güterstandsklauseln in Gesellschafts- und Übergabeverträgen	177
3. Notargebühren bei der Beurkundung eines güterrechtlichen Ehevertrags	180
IV. Begleitende ehe- und erbrechtliche Regelungen	181
1. Der Versorgungsausgleich	181
2. Nachehelicher Unterhalt	184
a) Das gesetzliche Unterhaltsrecht	184
aa) Allgemeines	184

bb) Unterhalt wegen Betreuung eines Kindes (§ 1570 BGB)	185
cc) Unterhalt wegen Alters (§ 1571 BGB)	186
dd) Unterhalt wegen Krankheit oder Gebrechen	186
ee) Weitere Unterhaltstatbestände	187
ff) Maß des Unterhalts	187
(1) Eheliche Lebensverhältnisse	187
(2) Berücksichtigung des Einkommens des Unternehmers	189
b) Vereinbarungen zum nachehelichen Unterhalt	190
3. Erb- und Pflichtteilsverzicht des Unternehmer-Ehegatten	194
a) Allgemeines	194
b) Formvorschriften	195
c) Absicherung des Erblassers und des verzichtenden Ehegatten	196
d) Sittenwidrigkeit eines Erb- und Pflichtteilsverzichts	198
e) Internationale Sachverhalte	199
4. Notargebühren der begleitenden ehe- und erbrechtlichen Regelungen	200
E. Vorsorgevollmacht	202
I. Allgemeines zur Vorsorgevollmacht	202
II. Regelungskomplexe der Vorsorgevollmacht	203
1. Persönliche Angelegenheiten	203
2. Vermögensrechtliche Angelegenheiten	203
3. Redaktionelle Behandlung der Regelungskomplexe	204
III. Form der Vorsorgevollmacht	205
IV. Inhalt der Vorsorgevollmacht	206
1. Tätigkeitsbeschreibung	206
a) Vermögensrechtliche Angelegenheiten	206
b) Persönliche Angelegenheiten	207
2. Schutz gegen Wegfall eines Bevollmächtigten	208
3. Untervollmacht	208
4. Befreiung vom Verbot des Insichgeschäfts	209
5. Bestand der Vorsorgevollmacht	209
a) Beginn der Vorsorgevollmacht	209
b) Ende der Vorsorgevollmacht	210
aa) Tod des Vollmachtgebers	210
bb) Widerruf der Vorsorgevollmacht	210
V. Innenverhältnis zwischen Vollmachtgeber und Bevollmächtigtem	211
VI. Kontrolle des Vorsorgebevollmächtigten	212
1. Kontrollbevollmächtigter	212
2. Kontrollbetreuer	212
VII. Ergänzende Regelungskomplexe	213
1. Patientenverfügung	213
2. Vorsorgliche Betreuungsverfügung	213
Teil 3. Unternehmensübertragung	215
A. Steuerrechtliche Rahmenbedingungen	215
I. Erbschaft- und Schenkungsteuer	215
1. Allgemeines	215
a) Hauptproblem: Hohe Steuersätze	215
b) Steuersätze im Überblick	216
c) Persönliche und sachliche Steuerpflicht	217
d) Stichtagsprinzip	218
e) Bewertung § 11 BewG	219

f) Anzeigepflicht	222
g) Steuerschuldner	223
2. Begünstigung für Betriebsvermögen	224
a) Grundkonzept des Verschonungssystems	224
b) Begünstigungsfähiges Vermögen	226
aa) Land- und Fortwirtschaft (§ 13b Abs. 1 Nr. 1 ErbStG)	226
bb) Betriebsvermögen inklusive gewerblich geprägter Personengesellschaft (§ 13b Abs. 1 Nr. 2 ErbStG)	228
(1) Sonderfall: Mitunternehmerrisiko und -initiative:	230
(2) Mitunternehmerinitiative	230
(3) Mitunternehmerrisikos	231
(4) Einschränkung der Mitunternehmerinitiative/ Mitunternehmerschaft durch den Vorbehalt des Widerrufs .	233
(5) Gesamtbeurteilung der Umstände	233
(6) Begünstigte Erwerbe von Betriebsvermögen (Kontinuität) ..	234
cc) Qualifizierte Beteiligung an Kapitalgesellschaften (§ 13b Abs. 1 Nr. 3 ErbStG)	236
(1) Anteile an Kapitalgesellschaften	236
(2) Nennkapital	236
(3) Mindestbeteiligungsquote	236
(4) Unmittelbarkeitserfordernis	237
(5) Sitz oder Geschäftsleitung im Inland oder innerhalb der EU/ EWR	237
c) Vom begünstigungsfähigen zum begünstigten Vermögen	238
aa) Sinn und Zweck des Verwaltungsvermögens	238
bb) Maßgebliches Verwaltungsvermögen	238
cc) Maßgeblicher Zeitpunkt	239
dd) Verwaltungsvermögens und Verbundvermögensaufstellung	239
d) Ermittlung des Verwaltungsvermögens	240
e) Finanzmittel (§ 13b Abs. 4 Nr. 5 ErbStG)	240
f) Junge Finanzmittel	243
aa) Ermittlung junger Finanzmittel bei konzerninternen Einlagen .	244
bb) Keine Begrenzung auf die bei der Konzerngesellschaft vorhandenen Finanzmittel	245
cc) Abzug von Ausschüttungen	246
dd) Zeitraum der Ermittlung	247
ee) Fazit	247
g) Aussonderung von Altversorgungsverpflichtungen	247
h) Sonstiges Verwaltungsvermögen, § 13b Abs. 4 Nr. 1 ErbStG	248
aa) Dritten zur Nutzung überlassene Grundstücke, Grundstücksteile, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	248
bb) Rückausnahmen für Grundstücke	249
(1) Betriebsaufspaltung	249
(2) Betriebsverpachtung	249
(3) Konzernklausel	249
(4) Wohnungsunternehmen	249
cc) Anteile an Kapitalgesellschaften von 25 % oder weniger (§ 13b Abs. 4 Nr. 2 ErbStG)	258
dd) Kunstgegenstände, Kunstsammlungen, wissenschaftliche Sammlungen, Bibliotheken und Archive, Münzen, Edelmetalle, Edelsteine und andere Luxusgüter (§ 13b Abs. 4 Nr. 3 ErbStG)	259
ee) Wertpapiere sowie vergleichbare Forderungen	260
ff) Junges Verwaltungsvermögen	261

i) Nettowert des Verwaltungsvermögens/Anteiliger Schuldenabzug ..	262
aa) Unschädliches Verwaltungsvermögen	263
bb) 90 %-Test	263
cc) Investitionsklausel/Erblasserplan	264
dd) Reinvestitionsklausel	266
j) Rechtsfolgen	266
aa) Systematik/Rechtsfolgen	267
bb) Vorababschlag für Familienunternehmen	267
(1) Ausschüttungsbegrenzung	268
(2) Verfügungsbeschränkung	269
(3) Abfindungsbeschränkung	270
(4) Verlängerte Behaltensfrist	271
(5) Verfahrensrechtliches	271
cc) Verschonungsoptionen bei kleineren und mittleren Erwerben ..	271
(1) Verschonungsabschlag	271
(2) Nachversteuerungsregeln	274
(3) Behaltensregeln	275
(4) Lohnsummenregelung	280
(5) Anzeige- und Mitwirkungspflichten	286
dd) Verschonung von Großerwerben	287
(1) Abschmelzmodell	287
(2) Verschonungsbedarfsprüfung § 28a ErbStG	289
(3) Stundungsoptionen	294
3. Besonderheiten von Auslandsvermögen bei der Verschonung von Betriebsvermögen – Bewertung, Begünstigungsfähigkeit, Anrechnung (§ 21 ErbStG)	295
a) Einleitung	295
b) Bewertung	296
aa) Exkurs: Europarechtliche Vorgaben der Bewertung von Auslandsvermögen	296
(1) EuGH-Rechtsprechung	297
(2) Heutiger Meinungsstand zur Anwendung der Bewertungsmethoden	297
bb) Besonderheiten bei der Bewertung einzelner Vermögensarten ..	298
(1) Ausländischer Grundbesitz	299
(2) Betriebsvermögen	300
cc) Begünstigungsfähigkeit des ausländischen Betriebsvermögens ..	300
(1) Ertragsteuerliches Betriebsvermögen, § 13b Abs. 1 Nr. 2 ErbStG	300
(2) Anteile an ausländischen Kapitalgesellschaften, § 13b Abs. 1 Nr. 3 ErbStG	301
dd) Mitwirkungspflichten, Anzeigepflichten und Verfahren	302
(1) Gesteigerte Mitwirkungspflicht des Steuerpflichtigen	302
(2) Anzeigepflichten nach § 138 Abs. 2 AO bei Auslandsbeteiligungen	302
(3) Besteuerungsverfahren bei Auslandsvermögen	303
c) Anrechnung (§ 21 ErbStG)	304
aa) Voraussetzungen der Anrechnung	304
bb) Umfang der Anrechnung	307
cc) Nachweis und sonstige Verfahrensfragen	307
4. Besonderheiten bei Erbfällen mit Auslandsberührung	308
a) Einleitung	308
b) Anwendbares Erbrecht und Rechtswahmöglichkeit	308

c) Vorsorgemaßnahmen	309
aa) Strukturierung über inländische Gesellschaften	309
bb) Ausländisches Testament	309
cc) Postmortale Vollmacht	310
II. Einkommensteuer	310
1. Grundsatz der Steuerneutralität bei unentgeltlicher Übertragung	310
2. Abgrenzung entgeltlicher, teilentgeltlicher und unentgeltlicher Geschäfte	311
a) Entgeltliche Geschäfte	311
b) Unentgeltliche Übertragung	312
c) Teilentgeltliche Geschäfte	312
3. Übertragung von Kapitalgesellschaftsanteilen	313
4. Übertragung von Betrieben, Teilbetrieben und Mitunternehmeranteilen (§ 6 Abs. 3 EStG)	313
a) Allgemeine Voraussetzungen und Rechtsfolgen	313
b) Übertragung von Betrieben/Teilbetrieben	315
c) Aufnahme einer natürlichen Person in ein Einzelunternehmen	316
d) Übertragung von Mitunternehmeranteilen	316
aa) Gesamter Mitunternehmeranteil	316
bb) Teil eines Mitunternehmeranteils	317
cc) Unter- und überquotale Übertragung von Sonderbetriebsvermögen	318
(1) Unterquotale Übertragung	318
(2) Überquotale Übertragung	319
5. Besonderheiten bei der Übertragung auf bestimmte Erwerber	319
a) Übertragung auf eine Personengesellschaft	319
b) Übertragung auf eine Kapitalgesellschaft	320
c) Übertragung auf eine (Familien-)Stiftung	320
d) Übertragung auf eine gemeinnützige Körperschaft	320
e) Übertragung auf nicht unbeschränkt steuerpflichtige Personen	321
6. Besonderheiten der Betriebsaufspaltung	322
7. Vermögensübertragung gegen Versorgungsleistungen	323
a) Unentgeltliche Übertragung begünstigten Vermögens	324
b) Begünstigter Empfängerkreis	324
c) Lebenslange wiederkehrende Leistungen an eine zum Generationennachfolgeverbund gehörende Person	324
III. Umsatzsteuer	325
IV. Grunderwerbsteuer	325
1. Gesellschafterwechsel iSd § 1 Abs. 2a GrEStG	325
a) Anwendung der Steuerbefreiungsvorschriften	326
b) Beachtung von Vorhalte- und Nachhaltefristen	327
2. Gesellschafterwechsel iSd § 1 Abs. 2b GrEStG	327
3. Anteilsvereinigung (§ 1 Abs. 3 GrEStG)	327
B. Vorweggenommene Erbfolge	328
I. Begriff der vorweggenommenen Erbfolge	328
II. Vorteile lebzeitiger Übertragungen	328
III. Gestaltung des Schenkungs- und Übertragungsvertrages	330
1. Form	330
2. Inhalt	331
a) Schenkungs- und Abtretungsgeschäft	331
b) Vollzugszeitpunkt und Gewinnabgrenzung	332
c) Anrechnungsbestimmungen oder Pflichtteilsverzicht	333

d) Versorgung des Schenkers oder eines Dritten	335
e) Stimmrechtsvollmacht	335
f) Beschränkung der Vermögenssorge, Verwaltungsanordnung	336
g) Rückforderungsrechte und Steuerklauseln	337
h) Schiedsklauseln	337
i) Zustimmungen Dritter	338
j) Kosten, Schenkungsteuer	338
IV. Sicherungsmechanismen im Schenkungsvertrag	338
1. Vertragliche Rückabwicklungsrechte	339
2. Widerrufsvorbehalt	340
a) Freies Widerrufsrecht	340
b) Katalog definierter Widerrufsgründe	342
aa) Anfallen von Schenkungsteuer	342
bb) Sonstige steuerliche Ereignisse	343
cc) Rechtsverletzung des Beschenkten	343
dd) Vorversterben des Beschenkten	343
ee) Kündigung des Gesellschaftsvertrages	344
ff) Geschäftsunfähigkeit des Beschenkten	344
gg) Ehe ohne vorhergehenden Ehe- und Erbvertrag	344
hh) Geltendmachung eines Zugewinn- oder Pflichtteilsanspruchs gegen den Beschenkten	345
ii) Pflichtteilsansprüche gegen den Schenker	345
jj) Letztwillige Verfügung ohne Testamentsvollstreckung	345
kk) Veräußerung oder Belastung der übertragenen Gesellschaftsbeteiligung	345
ll) Wirtschaftliche Krise	345
mm) Straftat gegen Schenker oder seine Abkömmlinge	346
nn) Wegzug des Beschenkten	346
oo) Wettbewerbswidriges oder unternehmensschädigendes Verhalten	347
pp) Sonstige Widerrufsgründe	347
c) Ausübung	348
d) Rechtsfolgen	349
aa) Modifikation der gesetzlichen Rechtsfolgen	349
bb) Steuerliche Folgen der Rückabwicklung	349
V. Sicherungsmechanismen außerhalb des Schenkungsvertrages	351
1. Sonderrechte des Schenkers	351
a) Mehrstimmrecht	351
b) Vetorecht	351
c) Grenzen der Sonderrechte	352
2. Zurückbehalt der Komplementär-GmbH	352
3. Unterbeteiligung	353
VI. Wirtschaftliche Absicherung: Nießbrauch	354
1. Einleitung	354
a) Motive für die Bestellung eines Nießbrauchs	355
b) Terminologie und Erscheinungsformen des Nießbrauchs	355
c) Merkmale des Nießbrauchs und Abgrenzung zu anderen Vertragsgestaltungen	356
2. Begründung des Nießbrauchs	357
a) Zivilrechtliche Bestellung	357
aa) Allgemeines	357
bb) Einzelunternehmen	358

cc) Beteiligungen an Personenhandelsgesellschaften	358
dd) Kapitalgesellschaften	359
b) Ertragsteuerliche Besonderheiten bei Übertragung unter Nießbrauchsvorbehalt	360
aa) Einzelunternehmen	360
bb) Mitunternehmerschaften	361
cc) Kapitalgesellschaften	361
c) Erbschaft- und schenkungsteuerliche Folgen	362
aa) Allgemeines	362
bb) Ausführung der Schenkung beim Vorbehaltsnießbrauch	362
cc) Abzug des Kapitalwerts von vorbehaltenen Nutzungsrechten ..	362
dd) Anwendbarkeit der Verschonungsregeln für Unternehmensvermögen	363
(1) Personenunternehmen	363
(2) Einzelunternehmen	364
(3) Personengesellschaften	364
(4) Kapitalgesellschaften	366
d) Grunderwerbsteuer	366
3. Abgrenzung der Rechtspositionen von Nießbraucher und Besteller ...	366
a) Zivilrecht	366
aa) Personenunternehmen	366
(1) Vermögensrechte des Nießbrauchers	367
(2) Mitverwaltungsrechte des Nießbrauchers	368
bb) Kapitalgesellschaften	370
b) Besteuerung der unter das Nutzungsrecht fallenden laufenden Erträge	370
aa) Personenunternehmen	370
(1) Besteller ist alleiniger Mitunternehmer („Ertragsnießbrauch“)	371
(2) Nießbraucher ist alleiniger Mitunternehmer	372
(3) Nießbraucher und Besteller sind gemeinschaftliche Mitunternehmer	372
bb) Kapitalgesellschaften	373
4. Beendigung des Nießbrauchs	374
a) Zivilrechtliche Beendigung des Nießbrauchs	374
b) Ertragsteuerliche Besonderheiten bei Beendigung des Nießbrauchs	374
aa) Verzicht gegen Einmalzahlung	374
bb) Verzicht gegen wiederkehrende Leistungen	375
(1) „Gleitende“ Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen	375
(2) Sonstige wiederkehrende Leistungen	376
c) Erbschaft- und schenkungsteuerliche Folgen bei Beendigung des Nießbrauchs	376
aa) Reguläre Beendigung des Nießbrauchs gem. ursprünglicher Vereinbarung	376
bb) Vorzeitiger Tod des Berechtigten oder Verpflichteten	376
cc) Vorzeitiger Verzicht des Berechtigten auf das Nutzungsrecht ..	377
dd) Anwendbarkeit der Verschonungsregeln für Unternehmensvermögen	377
VII. Unternehmerische Beteiligung Minderjähriger	380
1. Allgemeines zur gesetzlichen Vertretung Minderjähriger	381
a) Geschäftsfähigkeit und gesetzliche Vertretung	381

b) Ausschluss von der Vertretungsmacht	381
c) Familiengerichtliche Genehmigung	382
2. Anteilerwerb durch den Minderjährigen	383
a) Vertretung des Minderjährigen	384
aa) Notwendigkeit der Vertretung	384
bb) Einbindung eines Ergänzungspflegers	385
cc) Mehrfachvertretung	385
b) Familiengerichtliche Genehmigung	385
aa) Originärer Anteilerwerb (Aufnahmevertrag)	385
bb) Derivativer Anteilerwerb	386
c) Verfahrensfragen	387
aa) Ergänzungspflegschaft	387
bb) Familiengerichtliche Genehmigung	387
d) Steuerliche Aspekte	387
3. Gesellschafterrechte des Minderjährigen	388
a) Beschlussfassung	388
aa) Einberufung/Teilnahme	388
bb) Ausschluss der Vertretungsmacht	388
cc) Notwendigkeit der familiengerichtlichen Genehmigung	390
b) Ausscheiden aus der Gesellschaft	390
VIII. Besondere Erwerber	391
1. Die Familienstiftung als Unternehmerin	391
a) Begriff der Familienstiftung	391
b) Reform des Stiftungsrechts	391
c) Stiftungszivilrecht	392
aa) Ausgestaltung	392
bb) Entstehung	393
cc) Stiftungszweck	394
dd) Stiftungsvermögen	395
ee) Stiftungsorgane und Stellung der Destinatäre sowie des Stifters	396
ff) Satzungsänderung	398
(1) Änderung bzw. erhebliche Beschränkung des Satzungszwecks	398
(2) Änderung des Satzungszwecks in anderer Weise bzw. Änderung prägender Bestimmungen	399
(3) Sonstige Satzungsänderungen	400
(4) Dispositionsbefugnis des Stifters	400
gg) Zulegung und Zusammenlegung von Stiftungen	400
(1) Voraussetzungen der Zulegung von Stiftungen	400
(2) Voraussetzungen der Zusammenlegung von Stiftungen	401
(3) Verfahren der Zulegung/Zusammenlegung	402
(4) Wirkungen der Zulegung/Zusammenlegung	403
hh) Auflösung und Aufhebung der Stiftung	403
(1) Auflösung durch Beschluss der Stiftung	403
(2) Aufhebung durch Behördenakt	404
(3) Auflösung infolge Insolvenz	404
(4) Wirkung der Auflösung oder Aufhebung	404
d) Laufende Aufsicht	405
e) Stiftungsregister	405
f) Besteuerung	406
aa) Besteuerung bei Stiftungserrichtung	406
(1) Erstmalige Ausstattung der Stiftung	406
(2) Zustiftung	409

bb) Laufende Besteuerung der Stiftung	409
(1) Körperschaftsteuer	409
(2) Gewerbesteuer	410
(3) Umsatzsteuer	410
(4) Erbersatzsteuer	410
cc) Laufende Besteuerung des Stifters	411
dd) Laufende Besteuerung der Destinatäre	412
(1) EStG	412
(2) ErbStG	413
ee) Besteuerung bei Stiftungsaufhebung	413
g) Anzeigepflichten nach GWG	414
2. Trusts	414
a) Grundstruktur	414
b) Erscheinungsformen	415
c) Eigentum am Trustvermögen	415
d) Besteuerung	416
aa) Steuerlich transparenter Trust	416
bb) Steuerlich intransparenter Trust	416
C. Unternehmensübertragung von Todes wegen	417
I. Einleitung	417
II. Grundzüge des Erbrechts	418
1. Gesetzliche Erbfolge	418
a) Verwandtenerbrecht	418
b) Ehegattenerbrecht	418
2. Mehrheit von Erben	419
a) Erbengemeinschaft	419
b) Ausgleich von Vorempfängen unter Abkömmlingen	420
aa) Ausgleichungspflichtige Vorgänge	420
bb) Prinzip und Wirkung	421
cc) Keine zeitliche Beschränkung	422
dd) Auskunftspflicht	422
ee) Weitere Anwendungsfälle	422
(1) Vermutete Ausgleichsordnung bei Quotengleichheit	422
(2) Pflichtteilsrechtliche Fernwirkung	423
3. Pflichtteilsrecht	423
a) Ordentlicher Pflichtteil	423
aa) Allgemeines	424
bb) Anspruch auf Auskunft und Wertermittlung	424
(1) Allgemeines	424
(2) Auskunftsanspruch (§ 2314 Abs. 1 S. 1 BGB)	424
(3) Wertermittlungsanspruch	425
(4) Unternehmensbeteiligungen im Nachlass	425
cc) Wahlrecht bei Beschränkungen und Beschwerden (§ 2306 BGB)	426
(1) Allgemeines	426
(2) Strafklausel (Cautela Socini)	426
(3) Ausschluss von Abkömmlingen	427
(4) Gesellschaftsrechtliche Nachfolgeklauseln	427
dd) Anrechnung von Vorempfängen (§ 2315 BGB)	428
(1) Allgemeines	428
(2) Bewertung der Zuwendung	429
(3) Nachträgliche Anrechnung	430
ee) Pflichtteil des Ehegatten	430

b) Pflichtteilsergänzung	431
aa) Allgemeines	431
bb) Ergänzungspflichtige Verfügungen	431
(1) Schenkungsbegriff	431
(2) Gemischte Schenkungen/Schenkung unter Auflage	431
(3) Ehebezogene Zuwendungen	432
(4) Gesellschaftsvertragliche Regelungen	433
(5) Errichtung und Zuwendungen an eine Stiftung	434
cc) Bewertung des Geschenks	435
(1) Allgemeines	435
(2) Zuwendungen unter Vorbehalt eines Nutzungsrechts	435
dd) 10-Jahresfrist und Abschmelzung	436
(1) Allgemeines	436
(2) Fristbeginn	437
(3) Fristbeginn bei vorbehaltenen Rechten des Schenkers	437
(4) Zuwendungen an den Ehegatten	439
ee) Einzelfälle	439
ff) Anrechnung von Vorempfängen	440
c) Pflichtteilsverzicht	440
aa) Grundsätzliches	440
bb) Formerfordernisse	441
cc) Kausalgeschäft und Gegenleistung	441
(1) Unentgeltlicher Verzicht	442
(2) Entgeltlicher Verzicht	442
(3) Form des Kausalgeschäfts	442
dd) Beschränkter Pflichtteilsverzicht	443
ee) Erstreckung auf Abkömmlinge	443
ff) Fallstricke	444
(1) Vergessene Enterbung der Verzichtenden	444
(2) Vergessener Zugewinnausgleich bei güterrechtlicher Lösung	444
(3) Inhaltskontrolle (§ 138 BGB)	444
III. Unternehmertestament	445
1. Vorüberlegungen: Bestandsaufnahme	445
2. Formen der Errichtung	447
a) Handschriftlich	447
b) Notariell	448
c) Besonderheit: Ehegattentestament	448
aa) Allgemeines	448
bb) Wechselbezügliche Verfügungen	448
d) Kosten	450
3. Erbrechtliche Verfügungen	451
a) Erbeinsetzung	451
aa) Alleinerbe oder Erbengemeinschaft?	451
bb) Auswahlkriterien	452
b) Vor- und Nacherbschaft	452
aa) Struktur und Wirkungsweise	452
bb) Befreite Vorerbschaft	453
cc) Vor- und Nachteile	453
c) Vermächtnisse	454
aa) Allgemeines	454
bb) Gesellschaftsbeteiligungen	455
cc) Bestimmungen durch Dritte	457
dd) „Supervermächtnis“	458

ee) Herausgabevermächtnis (auf den Überrest)	458
ff) Versorgungsvermächtnis	459
gg) Wohnungs- und Hausratsvermächtnis	460
hh) Vorausvermächtnis und Teilungsanordnung	461
d) Auflagen	461
e) Familienrechtliche Anordnungen	462
4. Letztwillige Schiedsklauseln	462
5. Abstimmung mit Gesellschaftsvertrag	464
6. Internationale Bezüge	465
a) Die EuErbVO	466
aa) Grundlagen	466
bb) Rechtswahl und „Statement of Residence“	467
cc) Erkenntnisse aus der Rechtsprechung des EuGH	467
b) Drittstaaten (inkl. UK)	470
7. Testamentvollstreckung	470
a) Gründe für die Anordnung von Testamentvollstreckung	470
b) Arten der Testamentvollstreckung	471
aa) Abwicklungsvollstreckung	471
bb) Dauervollstreckung	471
c) Beginn des Amtes	472
d) Rechte und Pflichten des Testamentvollstreckers	472
aa) Inbesitznahme des Nachlasses	472
bb) Nachlassverzeichnis	473
cc) Ordnungsgemäße Verwaltung	474
dd) Verfügung über Nachlassgegenstände	474
(1) Verfügungsrecht des Testamentvollstreckers	474
(2) Verlust des Verfügungsrechts der Erben	475
ee) Auskunft, Benachrichtigung und Rechenschaft	475
(1) Benachrichtigung	475
(2) Auskunft	476
(3) Rechenschaft	476
ff) Prozessführung	476
gg) Steuerpflichten	477
hh) Haftung	477
ii) Vergütung	478
(1) Vergütungsfreie Testamentvollstreckung	478
(2) Festlegung der eigenen Vergütung durch den Testamentvollstrecker	478
(3) Pauschalvergütung	478
(4) Erfolgsabhängige Vergütung	478
(5) Vergütung nach Vergütungstabellen	479
(6) Zeitbezogene Vergütung	479
e) Beendigung des Amtes	479
aa) Vorzeitige Beendigung	479
bb) Reguläre Beendigung	480
f) Spezialfall: Dauervollstreckung im unternehmerischen Bereich	480
aa) Einzelunternehmen	480
(1) Vollmachtlösung	481
(2) Treuhandlösung	481
bb) Personengesellschaften	482
(1) Persönlich haftende Gesellschafter	482
(2) Kommanditisten	484

cc) Kapitalgesellschaften	485
(1) Gesellschaft mit beschränkter Haftung	485
(2) Aktiengesellschaft (AG)	486
IV. Ertragsteuerliche Aspekte der Erbauseinandersetzung	486
1. Zurechnung der laufenden Einkünfte zwischen Erbfall und Erbauseinandersetzung	486
2. Erbauseinandersetzung durch Aufteilung des Nachlasses	487
3. Erbauseinandersetzung bei Beteiligungen an Personengesellschaften ...	488
4. Übertragung eines Erbteils	488


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG